



Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke im Ortsbeirat Mainz-Neustadt

24. August 2026

Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Neustadt am 2. September 2026

Hindenburgstraße und Hindenburgplatz - Umbenennung durch Informationen begleiten

Der Ortsbeirat möge beschließen:

1. Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt hält an seinen bisherigen Beschlüssen zur Umbenennung der Hindenburgstraße und des Hindenburgplatzes fest und unterstreicht die gesellschaftliche Relevanz des Vorhabens. Die Verwaltung wird daher gebeten, einen Prozess mit Beteiligungsformat zur Umbenennung sowie geeignete Öffentlichkeitsarbeit in die Wege zu leiten und dem Ortsbeirat bis zur nächsten Sitzung einen Zeitrahmen für die Umbenennung mitzuteilen.
2. Die Verwaltung wird gebeten, Informationssäulen in der Hindenburgstraße und am Hindenburgplatz bezüglich des Namensgebers aufzustellen.

Hierbei sollte vor allem beachtet werden,

- dass der Ortsbeirat bei der Textauswahl auf den Säulen eingebunden wird.
- dass das Anliegen des Ortsbeirats zur Umbenennung der Straße und des Platzes im Text ausdrücklich dargestellt wird.

Begründung:

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt hat in seiner Sitzung am 9. April 2008 mehrheitlich beschlossen, die

Hindenburgstraße umzubenennen. Das Kulturdezernat hat den Vorschlag damals geprüft und noch im gleichen Jahr eine entsprechende Vorlage in den Kulturausschuss und den Stadtrat eingebracht, wo man zu dem Ergebnis kam, das Vorhaben zurückzustellen. Das Anliegen wurde im Jahr 2020 abermals im Ortsbeirat aufgegriffen, mehrheitlich eine Umbenennung der Hindenburgstraße und des Hindenburgplatzes beschlossen und die Verwaltung gebeten, ein Beteiligungsformat zur Umsetzung aufzusetzen. Dies ist bedauerlicherweise bis heute nicht geschehen, auch an dieser Forderung wird seitens des Ortsbeirats weiterhin festgehalten.

Kurzfristig, und als Teil des Beteiligungsprozesses zu verstehen, ließen sich jedoch Informationssäulen entlang der o.g. Straße und des Platzes realisieren, durch die Informationen zur namensgebenden Person dargestellt werden sowie das Anliegen des Ortsbeirats deutlich wird, dass zeitnah eine Umbenennung umgesetzt werden soll. Das Vorhaben steht dabei im Einklang mit dem Vertrag der koalitionstragenden Fraktion im Rat der Stadt Mainz, so heißt es auf Seite 51f: „Bei der Benennung von städtischen Straßen und Plätzen sind die Beschlüsse der Ortsbeiräte für uns maßgeblich. Wir wollen, dass Täter:innen im öffentlichen Raum nicht länger gedacht, Einstehen und Handeln für Demokratie und Gerechtigkeit im Stadtraum gewürdigt, das Missverhältnis der Benennung nach Männern und Frauen ausgeglichen und dabei auch migrantisches Leben verstärkt sichtbar wird.“

Bei der textlichen Gestaltung der Informationssäulen sollte der Ortsbeirat entsprechend eingebunden werden, um das Anliegen der Umbenennung sicherzustellen.

Der Ortsbeirat wird zeitgleich als Arbeitsgrundlage eine Vorauswahl an Namensvorschlägen erarbeiten.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Konstantin Fröhlich,
Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Klein,
SPD-Fraktion

Anna-Lena Löffler,
Fraktion Die Linke